

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 8,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postdruckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“ G. m. b. H., Breslau. Fernsprechnr.-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 9. Februar 1921.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 2,- Mk.

## Gewerkschaftsführer lügen und sabotieren. Die Arbeiter für die Einheitsfront.

Wir meldeien gestern schon, daß in einer Mitglieder-versammlung des Bauarbeiterverbandes die Gewerkschaftsführer eine Stellungnahme der Mitglieder gegen die Zersplitterung des Verbandes durch den Hauptvorstand dadurch sabotierten, daß sie Dauerreden hielten, bis der Saal frei gemacht werden mußte und dann auf Hintertreppen, ohne es zur Abstimmung kommen zu lassen, unter dem Protest der Mitglieder-versammlung verschwanden.

Eine andere Taktik wandte der Oberbayerische Wirfig in der Versammlung des Metallarbeiterverbandes am Montag abend an. Um ein Bekenntnis der Mitglieder der Breslauer Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes zur Einheitsfront des Proletariats auf der Grundlage des Offenen Briefes zu verhindern, fälschte er das Abstimmungsergebnis. Bei der Abstimmung darüber, ob der Offene Brief als erster Punkt der Tagesordnung behandelt werden soll, wurde das tatsächlich mit etwa Zweidrittelmehrheit, 232 gegen 154 Stimmen, angenommen. Wirfig aber drehte das Ergebnis um und behauptete, der Antrag sei abgelehnt. Eine neue Abstimmung vorzunehmen lehnte er kategorisch ab. Darauf verließen etwa 200 Mitglieder demonstrativ die Versammlung, in der nun ein sozialdemokratischer Kandidat eine Wahrede hielt.

### Görliger Arbeiter für den Offenen Brief.

Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die am 6. Februar tagende Gruppenversammlung der Betriebsunterhaltung der Waggonfabrik Görlitz gibt hiermit seine rücksichtslose Zustimmung, hinter den Forderungen des Offenen Briefes der R.A.P.D. zu stehen.

Die Versammlung begrüßt lebhaft jeden Schritt, der unbedingt zur Einheitsfront des gesamten Proletariats führen muß. Es ist daher die unbedingte Pflicht, daß die Gewerkschaften sowie alle sozialistischen Parteien erkennen, daß das Proletariat als solches die Notwendigkeit einer einheitlichen Kampffront erkannt hat und erwarten, daß sofort die Vorbereitungen in Angriff genommen werden.

um für den Endkampf, der nicht umgangen werden kann, gerüstet zu sein. Denn nur die Einigkeit allein kann den sicheren Erfolg mit sich bringen.

### Die Betriebsräte der Ruhrbergleute für die Einheitsfront!

Die Betriebsräte der rheinisch-westfälischen Kohlenruben, in der Hauptsache Unionisten, auch die Betriebsratsmitglieder des Alten Bergarbeiterverbandes, des Christlichen Gewerkevereins, sowie des Werkmeisterverbandes stimmten einhellig den folgenden Beschlüssen nach längerer, die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront anerkennenden Aussprache zu:

I.

Die Konferenz der Betriebsräte in Gelsenkirchen am 30. Januar 1921 erkennt an, daß die Arbeiterschaft selbst den Kampf um ihre Existenz führen muß. Um den Kampf führen zu können, ist eine einheitliche Aktion des Proletariats unerlässlich. Leider stehen der Einheitsfront Bestrebungen reformistischer Elemente entgegen.

Die Betriebsräte verpflichten sich, die Belegschaften aufzufordern, mit allem Nachdruck von ihren Organisationsleitungen und vom Gewerkschaftsbund die Zustimmung zu dem Offenen Brief der R.A.P.D. und den darin formulierten Forderungen zu erklären, sofort die Einheitsfront herzustellen und den Kampf für die Durchführung der Forderungen sofort vorzubereiten.

Die Mitgliedschaften der verschiedenen Verbände müssen Führer entfernen, die sich der Einheitsfront entgegenstellen.

II.

Die Konferenz empfiehlt allen Kameraden, deren Organisation noch der Arbeitsgemeinschaft angehört, folgendes:

„Zum 15. Februar 1921 ab lehnen alle nicht selbst organisierten Arbeiter die von ihren Organisationen auf Grund der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum getroffenen Vereinbarungen als ungültig ab.“

### Ein Riß in der nationalen Einheitsfront?

L.U. meldet, daß auf der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin keine Einigung zwischen der Reichsregierung und Bayern zustande kam. Der bayerische Ministerpräsident von Raahr bestand auch auf der Ablehnung der Beschlüsse der Pariser Konferenz in der Entwaffnungsfrage, während die Reichsregierung diese zunächst hinnehmen möchte in der Hoffnung auf spätere neue Verhandlungen.

Nach dem Münchener Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ wird die Lage von Münchener amtlicher Seite als sehr ernst bezeichnet. Bayern steht vor schwierigen Entschlüssen. Die Stimmung gegen die halbwegs wieder zum Verhandeln bereitete Reichsregierung in Bayern ist nicht zum besten. Ministerpräsident von Raahr hat mit seinem kategorischen Nein die überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes geschlossen hinter sich.

Die bayerischen Gegenrevolutionäre drohen also mit dem Separatismus. Und sie werden Erfolg haben. Denn die Stinnesregierung in Berlin steht mit der Orgeschregierung in München zu sehr in einem Verhältnis der gegenseitigen Unterstützung, als daß sie es auf einen Bruch ankommen lassen könnte.

### Die weiße Justiz.

Stuttgart, den 7. Februar. Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte am Sonnabend 9 Arbeiter zu insgesamt 4 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren 3 Monaten Gefängnis, weil sie im Generalstreik vom August vorigen Jahres versucht haben, die Eisenbahner zur Teilnahme am Kampf zu bewegen.

Die Stuttgarter Klassenjustiz hat nun die Arbeiter auf Jahre hinaus in das Zuchthaus geschickt, die nichts weiter getan haben, als sich anlässlich des Kampfes der Stuttgarter Arbeiterschaft gegen den Steuerabzug dagegen zu wehren, daß ihnen der Eintritt zu ihren Arbeitsstätten militärisch verweigert wurde, daß sie daran gehindert werden sollten, zu produzieren.

War diese Abwehr hiergegen gänzlich berechtigt, so auch gänzlich einwandfrei die hierfür gewählte Form. Man brauchte die Solidarität der Eisenbahner, um den Kampf durchzuführen, und auch um ihn abzukürzen.

Die Arbeiter übten aber in einwandfreier Form ihre Pflicht aus, und hierfür müssen sie jetzt in das Zuchthaus wandern.

Arbeiter! Das Schicksal eurer Stuttgarter Klassen-genossen ist das Schicksal, dem ihr alle entgegengeht, wenn ihr nicht aus diesem Urteil die Lehre zieht. Diese Lehre enthält die Erkenntnis, daß die Demokratie der Ebert-Republik die gemeinste und heimlichste Form der kapitalistischen Diktatur ist. Wollt ihr diese Diktatur beseitigen, müßt ihr aufrichtig die proletarische Diktatur. Wehe euch, wenn ihr euch dieser Erkenntnis verschließt.

### Die Diskussion zwischen Lenin und Trotzki in der Frage der Gewerkschaften.

Stockholm, 4. Februar. (Rotta Wien.) Da die meisteuropäische Presse von der Diskussion zwischen Lenin und Trotzki über die Frage der Gewerkschaften so viel Aufsehens macht, hat die Rotta direkte Aufklärung über die Angelegenheit eingeholt und folgendes Telegramm erhalten:

Riga, 4. Februar. In der „Browda“ werden aus Anlaß des hinnen kurzem bevorstehenden kommunistischen Parteiboureffes täglich Diskussionen über die Aufgabe der Gewerkschaften geführt. Tschitscherin telegraphiert heute darüber:

„Die Meinungsverschiedenheit zwischen Lenin und Trotzki besteht nicht darin, daß Lenin die Gewerkschaften anerkennen will und Trotzki nicht, sondern darin, daß Trotzki die Gewerkschaften in einen Staatsapparat verwandeln will, während sie Lenin getrennt vom Staatsapparat beibehalten will.“

Die Diskussion über die Frage der Gewerkschaften wurde jetzt in Moskau abgeschlossen. Lenin und Sinowjews Theesen erhielt überwältigende Majorität.

### Ueber die Offensiv-Taktik.

Von N. Bucharin.

Moskau, Dezember 1920. Der Prozeß der Weltrevolution, die riesige historische Umwälzung, deren gleichen die Menschen noch nie gekannt hatten, stellt eine Kombination der verschiedensten Elemente, Entwicklungsphasen, Wege, Taktiken, Kampfmethoden, Kräfte, die den Umsturz realisieren usw. dar. Es versteht sich von selbst, daß in den verschiedenen Zeitabschnitten und Entwicklungsphasen dieses Prozesses das Proletariat vor verschiedene Probleme gestellt wird und vor allem vor verschiedenartige Probleme taktischer Natur. Dies ist nicht bloß eine spezifische Eigenschaft der proletarischen Revolution. Das gleiche sehen wir auch in der Epoche der Ablösung der Feudalordnung durch die kapitalistische. Die französische Revolution, die auf dem europäischen Festlande eine gründlich eingestampfte Straße für die kapitalistische Entwicklung gebahnt hat, macht ebenfalls eine Reihe von äußerst verschiedenen Phasen durch, die aber alle die gleiche weltgeschichtliche, soziale Klassenbedeutung hatten. Die Revolution begann (wenn man hier überhaupt von einem „Beginn“ und einem „Ende“ sprechen kann) im Jahre 1780. Sie endete beiläufig im Jahre 1815, zugleich mit dem Abschluß der napoleonischen Kriege und dem Sturz Napoleons. Binnen eines Vierteljahrhunderts durchschritt die Revolution mehrere Stufen, die auch eine verschiedene Taktik seitens der Bourgeoisie gegenüber den Gutsbesitzern charakterisieren.

Die Bourgeoisie begann mit dem Aufstand gegen den Feudalismus. Dann organisierte sie ihre Diktatur gegen den Adel, löste ihn schonungslos, kämpfte mit allen Mitteln gegen Verschwörungen, gegenrevolutionäre Aufstände usw. Darauf folgte die Periode der erbittertesten Kämpfe gegen die reaktionären Außenfeinde, gegen die sogenannte „Heilige Allianz“ der Monarchen, denen die Beraubung des Adels und das Köpfen desselben sehr wenig gefiel. Innerhalb des Landes, wie es während der Bürgerkriege immer der Fall ist, wurde der Gang der Produktion gestört, überall herrschte Zerstörung, Elend, die Finanzen gerieten in Unordnung, die Spekulation blühte trotz aller Repressalien — und all das wurde durch die Blockade und den äußeren Klassenkrieg gegen die konterrevolutionären Staaten verschärft.

Die Energie der Bourgeoisie (in ihrer Gesamtheit) überwand alle diese Hindernisse und nachdem die durch die Schaffung unter den Klängen der Marseillaise marschierende Armee ihren Apparat gefertigt hat, ging die Bourgeoisie von der Defensiv zur Offensiv gegen die Feinde über. Es begann eine neue Periode — die der revolutionären Kriege, die objektiv Europa befreit haben. Selbstredend weiß jeder mehr oder weniger des Schreibens und Lesens Kundige, daß während dieser Zeit eine Aenderung der Gewalten vor sich gegangen ist, daß an die Stelle des Kleinbürgertums (der Jakobiner) die Großbourgeoisie und dann die bürgerlich-militärische Diktatur des Napoleon an die Macht kam. Aber genau so weiß jeder, daß Napoleon im Vergleich mit den anderen Monarchen Europas eine revolutionäre Macht war. Noch Heinrich Heine hat sehr wohl die große historische Bedeutung und den besitzenden Charakter der napoleonischen Kriege erkannt. Die napoleonischen Kriege haben den Feudalismus in Europa untergraben. Im Vergleich mit dem Sozialismus und dem Proletariat waren sie natürlich eine gegenrevolutionäre Macht. Doch handelt es sich damals nicht um die Bewirtlichung des Sozialismus, sondern um die Durchsetzung des Sieges des Kapitalismus über den feudalen Charakter der Leibeigenschaft. Die verständnislosen Bayrischen und Sozialpolitiker (à la Laurés) bewussten diesen Uebergang von der Verteidigung zum Angriff, in dem sie den Uebergang der Idee der großen Revolution sehen. Die Marxisten müssen die ganze Unmöglichkeit einer derartigen Fragestellung einsehen. Denn nichts anderes als die Wagnisse der revolutionären Armeen hatten damals die angefallene feudale Hälfte Europas zu zerkleinern. Die Gewalt erschien hier als die Hebamme bei der Geburt der neuen kapitalistischen Gesellschaft. Und der Uebergang der Bourgeoisie, die sich als die Staatsgewalt konstituiert hat, von der Verteidigung zum Angriff brachte gerade das Wachstum der revolutionären Kräfte zum Ausdruck. Dies war die Lage vor mehr als hundert Jahren. Man fragt es sich, ob eine derartige Sachlage unter der Diktatur des Proletariats möglich und möglich ist? Manche geraten bei dieser „historischen“ Frage in „Berlegenheit“: Ob das nicht eine bürgerliche Taktik bedeuten würde? So handelt es die Bourgeoisie. Wie darf denn das Proletariat das Straucheln tun? Ein derartiges Argument ist offensichtlich falsch. Doch mehr, es ist durch und durch opportunistisch und — mögen



## Ausland.

### Vorbereitungen der Gegenrevolution.

Romno, 3. Februar. (Kofa Wien.) In Warschau hat sich ein „Verband der Wiebergeburd Rußlands“ gebildet, dessen Mitglieder hauptsächlich Kadetten und rechte Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre sind. Das Ziel des Verbandes ist der Kampf gegen den Bolschewismus. Zum Vorsitzenden wurde Obinek gewählt.

### Ein Gewaltstreich

#### gegen die Gewerkschaften Aegyptens.

Eine Verordnung des Sultans von Aegypten verbietet kurzerhand sämtliche Gewerkschafts-Organisationen des Landes. Der Sultan ist aber nur ein Strohmännchen in der Hand der Engländer, die auf diese Weise der proletarischen Bewegung des Orients einen Schlag versetzen wollen. Die Arbeiterschaft wird indessen in Aegypten so gut wie in allen anderen Ländern ihren Weg ohne Rücksicht auf die behördlichen Verbote gehen.

### Die rote Gewerkschaftsinternationale beginnt ihre Tätigkeit in England.

Das Britische Büro der Moskauer Gewerkschaftsinternationale hat kürzlich seine erste Sitzung in London abgehalten. E. Löbner erstattete Bericht und teilte mit, daß sämtliche Gewerkschaften Englands eingeladen worden sind, am Moskauer Kongress am 1. Mai teilzunehmen. Von führenden englischen Gewerkschaftlern gehören dem Büro unter anderen Robert Williams und Tom Mann an.

### Der Kampf um den Lohnabbau in England.

Man haben auch die Textilindustriellen von Dundee ihre Absicht kundgetan, die Löhne um 25 Prozent herabzusetzen. Auch in diesem Falle sind die Arbeiter zu unbedingtem Widerstand entschlossen. Zurzeit sind die betreffenden Fabriken nur mit halber Arbeitszeit im Betrieb.

## Gewerkschaftliches.

### Die Augsburger Eisenbahner gegen den Zentralvorstand des D.E.V.

In einer am 3. Februar abgehaltenen Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte des D.E.V., Ortsverwaltung Augsburg, gelangte mit allen gegen eine Stimme eine Resolution zur Annahme, die in scharfer Form gegen die Rundgebung des 16. Ausschusses und den Artikel der Verbandscharta „Unsere Lohn- und Gehaltsbewegung beendet“ in Nr. 3 des Verbandsorgans Stellung nimmt. Sie sprechen der engen und erweiterten Vorstanderschaft, ausgenommen den Kollegen, die gegen die Annahme der Zugeständnisse stimmten, das größte Mißtrauen aus. Die Vorstanderschaft hat die Forderungen der Arbeiterschaft sabotiert und lediglich nach der Parole des A.D.G.B. gehandelt. Die Betriebsräte und Funktionäre erklären, daß sie gegen das Bestreben der Vorstanderschaft, die Organisation zu sprengen, um aus ihr ein bequemeres Werkzeug für die Arbeitsgemeinschaft und die Regierung zu machen, einmütig zusammenstehen werden.

### Der 20. Februar.

Allmählich, ein ganz klein wenig beginnt sich St. Bürokratismus zu reformieren. Vier Wahlen an einem Tage: in Ostpreußen und Schleswig-Holstein finden die nachträglichen Reichstagswahlen statt, zu gleicher Zeit für ganz Preußen die Wahlen zum preussischen Landtag sowie Neuwahlen sämtlicher Provinziallandtage und Kreistage. Ueber das Jät und Wider der letzten drei Körperschaften wollen wir hier nicht streiten, sondern nur kurz den Widerstand der ganzen Wahlgesetzmacherei beleuchten und den technischen Wahlvorgang erläutern.

Zu jeder Körperschaft eine Wahlordnung mit bestimmten Einschränkungen. Obwohl sich alle Wahlordnungen an die zum Deutschen Reichstag anlehnen, ist es doch nicht möglich, am 20. Februar durch Abgabe eines einzelnen Stimmzettels den Willen der Wähler zum Ausdruck zu bringen.

Aber weit gefehlt, die Wichtigkeit und Engstirnigkeit des ganzen bürgerlichen Scheinparlamentarismus läßt dieses nicht zu. Es muß genau festgestellt werden, ob die Männer und Weiber in Preußen und der Provinz im Kreise ihren Wohnsitz haben.

Die Folge davon wird sein ein heilloser Durcheinander. In Ostpreußen und Schleswig-Holstein müssen daher zwei Stimmzettel in drei Wahllokalen abgegeben werden.

Das Reichstagswahlgesetz schreibt vor, daß Stimmzettel, die nur den Namen einer Partei tragen, nicht zulässig sind. Dagegen bei den Wahlen zum preussischen Landtag ist es ausdrücklich gestattet. Also müssen für die Reichstagswahlen und die preussischen Landtagswahlen getrennte Stimmzettel und Wahllokalen abgegeben werden.

Aber auch die Stimmzettel für die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag müssen in einem besonderen Wahllokal abgegeben werden, weil nach den Wahlgesetzen zum Reichstag sowie zum preussischen Landtag mit Wahllokalen gewählt werden darf, dagegen bei den Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag die Wahl mit Wahllokalen unzulässig ist. Wer also am 20. Februar seine Stimme zum Provinziallandtag sowie zur Kreistagswahl abgeben will, muß häufig zu Hause bleiben. Es müssen also in den beiden Grenzbezirken Ostpreußen und Schleswig-Holstein drei Wahllokalen abgegeben werden, dagegen in den übrigen Bezirken Preußens von jedem Wähler oder jeder Wählerin zwei Wahllokalen, das eine für den Landtag, das andere für den Provinziallandtag und Kreistag, mit Ausnahme der Stadtgemeinde Witten. Berlin wählt nur zum preussischen Landtag.

In den kreisfreien Städten wird nur zum preussischen Landtag und zum Provinziallandtag gewählt, also auch dort müssen zwei Wahllokalen abgegeben werden.

Das einzig Erfreuliche ist nur, daß der Minister des Innern auf Vorschlag der Parteien angeordnet hat, daß alle drei Wahlen, zum preussischen Landtag, zum Provinziallandtag und Kreistag nur einen Stimmzettel brauchen, sonst wäre eine unheilvolle Verwirrung durch die Wähler kaum zu vermeiden gewesen.

Der Stimmzettel soll an der Spitze den Namen der Körperschaft tragen, für welche der Stimmzettel gelten soll und wie folgt aussehen:

Preussischer Landtag  
Kreis  
Provinz  
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

Dieser Stimmzettel kann auch dort benutzt werden, wo nicht zum Kreistag in den kreisfreien Städten und auch nicht zum Provinziallandtag, wie in Berlin, gewählt wird.

Um aber Verwirrungen und Irrtümer zu vermeiden, empfiehlt es sich dringend, nur den einen Stimmzettel anzufertigen. Unsere Funktionäre und Wahlvorstände haben also auf folgendes zu achten:

In Ostpreußen und Schleswig-Holstein zwei Stimmzettel, einen für den Reichstag, einen für den preussischen Landtag, Provinziallandtag und Kreistag.

Die Wähler und Wählerinnen erhalten drei Wahllokalen. Eins für den Reichstag, eins für den preussischen Landtag und eins für den Provinziallandtag und Kreistag, für die beiden letzten Wahllokalen ist der allgemeine Stimmzettel zu benutzen.

In Berlin wird nur zum preussischen Landtag gewählt, daher nur ein Wahllokal mit dem allgemeinen Stimmzettel.

In allen kreisfreien Städten, mit Ausnahme von Ostpreußen und Schleswig-Holstein, sind zwei Wahllokalen abzugeben mit dem allgemeinen Stimmzettel, dort wird zum preussischen Landtag und zum Provinziallandtag gewählt. In allen übrigen Städten und Landgemeinden, mit Ausnahme von Ostpreußen und Schleswig-Holstein, müssen ebenfalls zwei Wahllokalen mit dem allgemeinen Stimmzettel abgegeben werden, das eine für den preussischen Landtag, das andere für den Provinziallandtag und Kreistag.

Gewünscht wird, daß in dem Wahllokal für den Provinziallandtag und Kreistag zwei Stimmzettel gesteckt werden, um den Wahlvorständen die Arbeit zu erleichtern. Wird jedoch nur ein Stimmzettel eingesteckt, ist er für beide Wahlen, zum Provinziallandtag und Kreistag, gültig.

Notwendig ist es, in allen Versammlungen auf den technischen Hergang der Wahl aufmerksam zu machen, damit die Wähler informiert sind.

Es muß uns gelingen, am 20. Februar in alle diese reaktionären Dunkelkammern des Provinziallandtages und Kreistages Kommunisten hineinzubringen, welche die bürgerlich-rechtssozialistische Unfähigkeit, das Proletariat aus dem Elend zu retten, geißelt und klar und deutlich den Weg zum Kommunismus weisen.

## Aus der Provinz.

Peterswaldau. Gewerkschaftliches. Am 31. Januar hatte die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihre Generalversammlung, wo den Versammelten das Ergebnis des Schlichtungsausschusses mitgeteilt wurde. Gleichzeitig erstattete Gewerkschaftssekretär Drieschner den Geschäftsbericht, in welchem er auch gegen die Kommunisten hegte. Die Gewerkschaftssekretäre Drieschner und Kinner brachten einen Beschluß zur Abstimmung, daß unsere am 2. Februar angelegte Versammlung nicht besucht werden dürfe. Es wurde angegeben, die Kommunisten treten jetzt auf den Plan und wollen die Gewerkschaften zersplittern. Die Gewerkschaften hätten bisher immer ihre Pflicht und Schuldbiligkeit getan und das dürfte unter keinen Umständen zugegeben werden, daß dies geschehe, es gehe auf's Ganze. Genosse Keil meldete sich mehrere Male zum Wort, um die Sache richtig zu stellen. Wir Kommunisten wollen die Gewerkschaften zu dem machen, zu dem sie geboren sind, nämlich zu Kampforganisationen. Dies sei durch die Errichtung der Arbeitsgemeinschaften in größtmöglicher Weise verhindert worden. Durch die paar Fernzüge lüß die Versammlung sich einschüchtern und stimmte mit Ausnahme eines Drittels dem Beschluß zu. — Politisches. Als am 3. Februar unsere öffentliche Versammlung der R.R.P.D. stattfand, hatte diese trotz des schlechten Wetters und trotz des gemeinen Beschlusses der Bongen noch einen ziemlich guten Besuch zu verzeichnen. Ueber das Thema: „Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften, Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften zum Offenen Brief“, sprach Genosse Schürner-Breslau. Derselbe legte den Anwesenden aus Herz wichtiger als bisher die Gewerkschaften zu stärken und das Geschwätz der Gewerkschaftsbürokraten von einer angeblichen Spaltung durch die Kommunisten energisch zurückzuweisen. Sie haben eine heillose Angst davor, daß die Kommunisten den Versammelten klar machen würden, wo die Zersplitterer sind, und deshalb sind sie so feig und treiben uns die Leute ab. Genosse Schürner gab an Hand einiger Beispiele den Versammelten ein Bild, wie die Gewerkschaften revolutioniert werden und wie dieselben arbeiten sollen, damit den Arbeitern bessere Lebensbedingungen durch sie geschaffen werden können. Aber um all dies zu erreichen ist es notwendig, daß die Gewerkschaftsbürokraten, die nur Verrat an der Arbeiterschaft üben, beseitigt werden. Er führte an, daß in früheren Zeiten eine derartige Handlungsweise nur die Pfaffen sich erlaubten.

Weiter kam durch Genossen Schürner der Offene Brief der R.R.P.D. zur Sprache. Er führte an, daß dies noch lange keine kommunistischen Forderungen seien, es seien nur Forderungen, die heute in Betracht der schlechten Lebenslage der Arbeiterschaft und zur Behauptung der Arbeitslosigkeit un-

bringst notwendig seien. Dies zu erlangen, muß die Arbeiterschaft gemeinsam den Kampf führen. Die sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbund haben die Durchführung dieses Planes abgelehnt. Es wurde über den Offenen Brief abgestimmt und er fand einstimmige Annahme.

Die revolutionäre Arbeiterschaft von Peterswaldau, insbesondere die Betriebsräte, werden hiermit aufgefordert, jede Gewerkschafts- bzw. Betriebsversammlung zu besuchen und der Gewerkschaftsbürokratie ihre verlogenen Machenschaften über Gewerkschaftszersplitterung durch die Kommunisten zurückzuweisen.

Dhlau. Am 6. Februar wurde in Dhlau eine Versammlung der R.R.P.D. abgehalten, in der Genosse Siegfried Singermann über das Thema: „Die Einigung der Arbeiterschaft zum Kampf“ referierte. Der Beifall der etwa 250 bis 300 Anwesenden bewies, daß sich die Versammlung mit den Ausführungen des Redners identifizierte und daß sie die Maßnahmen der S.P.D.-Bongen in den Gewerkschaften aus entscheidendste verurteilt. Im Schlußwort bewies der Redner die Hohlheit der Ausführungen eines Rechtssozialisten, der behauptete, daß die Arbeiterschaft in den Kampf getrieben werden sollte und daß dann die Führer weglaufen. Der Redner bewies ihm durch die Tatsache, daß Bernhard Schottlaender, Jögisches, Levine, Sugenburg, Liebknecht usw. bewiesen haben, daß sie imstande waren, an der Spitze der Arbeiterschaft zu stehen.

Ober-Weilau 1. Am Freitag, den 4. Februar 1921, fand im „Norddeutschen Hofe“ eine große öffentliche Volksversammlung der R.R.P.D. statt. Annähernd 400 Besucher aus sämtlichen Gewerkschaften waren anwesend. Nach Einleitung der Versammlung durch Genosse Knut-Breslau ergriff Genosse Schürner-Breslau das Wort und sprach über die „Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften“ und den Offenen Brief der R.R.P.D. Dieser Offene Brief wurde vom Versammlungsbeisitzer Genossen Klose-Weilau zur Diskussion gestellt und von den Anwesenden einstimmig angenommen. Diskussionsredner meldeten sich nicht zum Wort. Aus dem Beifall der Versammlungsbesucher war ersichtlich, daß sie dafür eintreten, daß künftig die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte nur nach den genannten Punkten des Offenen Briefes handeln und wirken, damit die Einheitsfront auch tatsächlich zustande kommt. Bevollmächtigte aus verschiedenen Gewerkschaften, die zur Stellungnahme zum Offenen Briefe geladen waren, waren nicht erschienen, wahrscheinlich aus Angst vor dem offenen Bekenntnis, die zukünftigen Positionen nicht zu verscherzen.

Neu-Salzburg. Am Donnerstag, den 3. Februar, fand in Neu-Salzburg eine öffentliche Volksversammlung der R.R.P.D. statt, welche sehr gut besucht war. Genosse Konicznie sprach über Sozialisierung oder Sinnisierung. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Die S.P.D. hatte nebenan auch eine öffentliche Versammlung einberufen, konnte sie aber nicht abhalten, denn es war kein Mensch da. An der Aussprache beteiligte sich neben Genossen Schiller nur ein Syndikalist. Die S.P.D.-Demagogen zogen es vor, zu schweigen, sie bleiben überhaupt jeder Versammlung von uns fern. Aber dafür benutzen sie die schmutzige „Bergwacht“, um uns dauernd mit Dred zu bewerfen. Genossen, agitiert täglich für unser Organ und raus mit der „Bergwacht“, so daß wir am 1. März die doppelte Zahl von Abonnenten haben. Nur so können wir den Feiglingen der S.P.D. zu Leibe gehen. Dann sprach Genosse Konicznie über den „Offenen Brief“. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die öffentliche Volksversammlung vom 3. Februar in Neu-Salzburg, besucht von allen Parteien, stellt sich unbedingt auf Seiten des „Offenen Briefes“ der R.R.P.D. und verurteilt scharf die Haltung der Zentralleitung der S.P.D. und des A.D.G.B.“ Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Konicznie wurde die impopuläre Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die 3. Internationale geschlossen. Einige Neuaufnahmen und Uebertritte von der S.P.D. waren zu verzeichnen. Die Versammlung war ein ausgesprochener Erfolg für unsere Partei.

## Lokales.

Breslau, den 9. Februar 1921.

Eisenbahner aufgewacht. Wie die Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln verfuhr, sich dem Kampf zur Erringung gesicherter Existenzverhältnisse für ihre Mitglieder zu entziehen, geht aus den Maßnahmen hervor, die der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes trifft. Der Vorstand versendet Formulare an ihre Angestellten und Funktionäre, die auch später den Mitgliedern zugestellt werden, worin sich jeder verpflichten muß, sich auf den Boden der 2. Internationale zu stellen. Wer es nicht tut, hat keine Berechtigung Mitglied des D. E. B. zu sein. Die Angestellten des Verbandes haben den Revess schon unterschrieben, da ja, wie es Kollege Förster mit grobem Phatos hinausruft, die Gewerkschaft über alles geht, nämlich der bezahlte Posten in der Gewerkschaft. Wie die Mitglieder von der 2. Internationale der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus, die ihren Sitz im Arbeiterbund haben, vertreten werden, haben die Kollegen schon zur Genüge gespürt. Ein wahrer Dohn auf die Koalitionsfreiheit. Zu solchen Beschlüssen zählen die Mitglieder ihre Beiträge. Daß die Kommunisten sich diesen Beschlüssen nicht fügen werden, ist selbstverständlich und die von der Gewerkschaftsbürokratie herbeigeführte Zersplitterung des Verbandes ist da. Der Vorstand mit seinen Schächten unter sich, niemand wozu der Gewerkschaftsbürokratie auf die Finger gucken und sie können den Bürgerfrieden weiter halten.

Am 6. Februar fand die Mitgliederversammlung des D.E.B. im Gewerkschaftshaus statt, die zu der Haltung der Verbandsführung Stellung nahm. Nach Erstattung des Kassaberichtes wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei den Neuwahlen der Ortsverwaltung wurden in diese 4 Genossen gewählt. In dem Kartellaustrich auch 4 Genossen. Bei der Wahl des Kollegen Großmann als Angestellter der Ortsverwaltung gab er eine Erklärung ab, daß er ja den Revess unterschreiben kann, da er dem U.S.P.D. angehört und für ihn ohne weiteres die 2. Internationale in Betracht kommt. Er würde es aber nicht zugeben, daß der Beschluß auf die Mitglieder ausgedehnt wird, da dann die Zersplitterung ohne weiteres da ist. Kollege Jänich warf Dred auf die Kommunisten, spiegel die Diktatur des Proletariats Geo-wach er. Kollege Jänich muß doch als Rechtssozialist und zukünftiger Landrot das Schmutzprogramm kennen, wo die Diktatur des Proletariats ausbleibt. Ueber den letzten

Wund wurde er von einem Kollegen dementsprechend aufgeführt. Am 23. Februar soll eine große Mitgliederversammlung stattfinden über das Thema: Amsterdam oder Moskau. Alle sozialistische Parteien sollen einen Redner dazu sprechen lassen.

Eine ungläubliche Demagogie leistet sich die „Volkswacht“ in ihrer Montagnummer. Unter der Überschrift: „Es bröckelt bei den Kommunisten“ weiß sie zu berichten, daß in einer Berliner S.P.D.-Versammlung ein „Kommunist“ als Diskussionsredner aufgetreten sei, der sich angeblich gegen die U.R.P.D. gewandt habe. — Das ist die Schauerrede. Und damit soll den Lesern der „Volkswacht“ bewiesen werden, daß es bei den Kommunisten „bröckelt“. Die „Volkswacht“, die da glaubt, das Elite-Blatt von Breslau zu sein, muß tatsächlich eine hochgradige geistige Minderwertigkeit ihrer Leserschaft gewissermaßen a priori voraussetzen, wenn sie mit einer solchen nichtssagenden und albernen Mitteilung — die obendrein stark nach Erfindung riecht, — den Zerfall der U.R.P.D. zu beweisen vermeint.

Uebrigens ist es noch gar nicht so lange her, daß bei einer S.P.D.-Generalversammlung im Breslauer Gewerkschaftshaus mindestens zwanzig von den eigenen Genossen sich mehr als schärf gegen die S.P.D.-Bongen vom Schlege eines Weisers, Voigt und Konforten und sogar gegen die „Volkswacht“ gewandt haben. Haben das die Ruffis in der „Volkswacht“ schon vergessen? — O ihr Deuchler!

Für die Einigung des Proletariats zum Kampf! Die beiden öffentlichen Versammlungen, in denen die Genossen Eberlein und an Stelle des erkrankten Genossen Klein der Genosse Becker über dieses Thema sprachen, gestalteten sich zu begeisterten Kundgebungen für den revolutionären Klassenkampf. Die Referenten charakterisierten die politische Lage innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen. Sie zeigten die dem Proletariat von der Gegenrevolution und der Ausbeutung durch deutsches und ausländisches Kapital drohenden Gefahren auf und wiesen als Ausweg die Einigung der Arbeitermassen zum Kampf gegen Orzech, Lot und Glend und für die Befreiung des Proletariats, für die Räterepublik Deutschland, für das enge Bündnis mit Räterussland. In diesem Rahmen umgrenzten die Referenten die Bedeutung der Wahlen am 20. Februar. Die Wahl der kommunistischen Liste ist ein Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. In der Diskussion meldeten sich keine Gegner zum Wort.

Vorsicht bei Verwendung von Kartoffelmehl. Nach Mitteilung unseres chemischen Untersuchungsamtes sind in jüngster Zeit verschiedentlich Personen nach dem Genuße von Speiseisenerkrankt, die mit Kartoffelmehl zubereitet waren. Die chemische Untersuchung hat in mehreren Fällen lösliche Bariumsalze, u. a. Chlorbarium, in Mengen von 3—5%, festgestellt. Diese Salze sind sehr giftig und verursachen beim Menschen u. a. Erbrechen, Würgen, Magenbeschwerden, Speichelfluß, Kopfschmerzen, Schwindel, Angstgefühl, Muskelzuckungen usw. 3g Bariumsalz können bereits eine tödliche Wirkung im Gefolge haben. Wie sich herausgestellt hat, ist hier ein angeblich vom Auslande stammendes Kartoffelpräparat, das solche Bariumsalze enthält, als Stärkemittel in den Verkehr gebracht worden. Da die Beförderung besteht, daß dies zum Stärken der Wäsche bestimmte Präparat, das äußerlich von reinem Kartoffelmehl nicht zu unterscheiden ist, in bestimmungswidriger Weise oder aus Unkenntnis auch zu menschlichen Ernährungszwecken verwendet wird, wie es unlängst geschehen ist, so ist beim Ankauf von Kartoffelmehl aus Bädelsheim usw. Vorsicht geboten. Man lasse sich in jedem Falle die Zulassung geben, daß die verpackte Ware zu Speisezwecken geeignet und bestimmt ist, um bei Gesundheitsabwägungen Schadenersatzansprüche geltend machen zu können und ein strafrechtliches Vorgehen gegen die Verkäufer zu erleichtern.

**Bekanntmachung.** Um Zweifel der Anwendung der §§ 14 bis 16 der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangsverteilung am 19. September 1920 auszugleichen, weist der Oberpräsident für Niederschlesien auf folgendes hin: 1. Ein Ladenhelfer, der Fleisch im weiteren Sinne (Fleisch, Speck, Fett, Würst) unmittelbar an seine Kunden, also an die Verbraucher nichtbestimmlich abgeben will, bedarf dazu der Erlaubnis, sofern er nicht die Befugnis zur Führung der Meisterkarte besitzt. 2. Wenn ein nach Ziffer 1 konzessionierter oder auf Grund seines Meisterkarte berechtigter Ladenhelfer beabsichtigt, neben dem unmittelbaren Verkauf an den Verbraucher noch Fleisch im weiteren Sinne zum Weiterverkauf an Händler und Geschäfte zu bringen, so bedarf er einer besonderen Erlaubnis. 3. Großhändler ohne offenen Laden fallen nicht unter die Bestimmungen der §§ 14 bis 16 der Verordnung vom 19. September 1920, sondern bedürfen einer Handelsverkaufs nach den unter Ziffer 2 aufgeführten Bestimmungen.

**Bekanntmachung.** Nach Mitteilung des Oberpräsidenten für die Provinz Niederschlesien sind gemäß Erlaß des preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 30. November 1920 unter Fleisch im Sinne der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit usw. vom 19. September 1920 in Anlehnung an den § 4 des Reichsgesetzes über die Fleischbeschau vom 9. Juni 1900 auch die aus den in § 1 der Verordnung vom 19. September 1920 bezeichneten Tieren hergestellten Fettsäure und Würste zu verstehen. Die Fettsäure und Würstpreise sind hiernach, worauf besonders aufmerksam gemacht wird, am Ladenfenster auszubängen.

**Brodauer Notgeld.** Die engen Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen der Bororte zu Breslau bringen es mit sich, daß auch das Brodauer Notgeld in Breslau umläuft, wie auch das Breslauer Notgeld in den Bororten. Um eine bequeme Einlösungsmöglichkeit für das in Breslau umlaufende Notgeld des Borortes Brodau zu schaffen, hat sich die „Kommunale Girozentrale Schlesien“ (öffentliche Bankanstalt) in Breslau 1, Grauwengasse 12, bereit erklärt, das Brodauer Notgeld dem Publikum einzulösen. Auf Wunsch kann der Umtausch dort jederzeit erfolgen.

### Literarisches.

**Genossen! Lest eure kommunistische Gewerkschaftszeitung!** Das schwarze Buch des weißen Ungarn. Dritte Auflage. 15.—20. Tausend. Im Verlag der Jugend-Internationale und herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der kommunistischen Jugend-Internationale erschien Ende Dezember „Das schwarze Buch des weißen Ungarn“, die erste und einzige bisher in Deutschland veröffentlichte Schrift über die furchtbaren Morden und barbarischen Mißhandlungen, die nach dem Zusammenbruch der proletarischen Räteregierung in Budapest zehntausende von Proletariern und Proletarierinnen in den Höhlen und Höllen der Horthy'schen Kerker erdulden mußten. Was das Buch besonders wertvoll macht, ist die Verwendung von zahlreichem, teils mit amtlichen Statistiken belegtem und bewiesenem Material. Besonders der Teil, der das gegenwärtig in Budapest und Gorhly-Ungarn herrschende Elend schildert, enthält zahlreiche, zum ersten Mal dadurch bekannt werdendes Zahlenmaterial. Vergleiche zwischen den Löhnen, der Länge der Arbeitszeit usw. verschiedener Berufs-kategorien während und nach dem Sturz der Räteregierung zeigen deutlicher als alle theoretischen Abhandlungen und Bücher auch dem einfachsten Arbeiter in verständlicher und klarer Weise

den ungeheuren Wert der Ausübung der politischen Macht für ihn durch seine Klasse. Das Buch, das Ende Dezember in einer ersten Auflage von 10000 Exemplaren erschien, hat heute schon die dritte Auflage und Uebersetzungen davon sind in den verschiedensten Sprachen in Vorbereitung. Das Buch muß in allen Betrieben, Fabriken und Arbeiterfamilien in Massen verbreitet werden. Um den Massenvertrieb zu erleichtern, wird das Buch, welches im Buchhandel Nr. 1,50 kostet, Partei- und Jugendorganisationen bei Mehrbezug von 100 Exemplaren für Nr. 0,80 zur Verfügung gestellt.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 6, Gräbischer Straße 45.

### Versammlungskalender.

- Sammelt für den Wahlfonds.** Die Gegenrevolution arbeitet mit Lüge und einem gefüllten Geldsack. Auf die Lüge können wir verzichten. Geld ist aber notwendig zur Führung des Wahlkampfes. Sammelt in Betrieben und Versammlungen und sendet die Beträge an: Bezirksverbandsleitung Schlesien der U.R.P.D., Breslau 1, Nikolaistraße 49/50 unter der Bezeichnung: Für den Wahlfond. Der Wahlkampf.
- Achtung Genossenschaftskassierer!** Sämtliche Genossenschaftskassierer haben bestimmt bis zum 10. Februar in der Geschäftsstelle des Sozialistischen Verlages abzurechnen. Sämtliche Karten sind bis zu diesem Termin wegen Nachprüfen des Bestandes abzuliefern. Zurückgehaltene Karten verlieren mit dem 10. Februar ihre Gültigkeit und müssen als verkauft angerechnet werden.
- Sämtliche Unterbezirksführer** haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen.
- Ortsgruppe Breslau.** Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 10. Februar. Referent: Genosse Klein. Lokal: Mehl-gasse 11 (Zanjsouel).
- Breslauer Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahner-Verbandes**, welche auf dem Boden der 3. Internationale stehen, treffen sich Mittwoch abend 7 Uhr im Lokal „Blauess Schiff“, Perrenstraße. Referent: Genosse Becker.
- Neu-Salzbrunn.** Jeden Sonnabend Diskussionsabend. Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Finsterbrunn. Wahlarbeit. Kein Genosse darf fehlen.
- Agitationsbezirk Kiegnitz, Ortsgruppe Kiegnitz.** Mittwoch, den 9. und Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im „Reichspräsident“, Wandlehrer-Kurhus. — Sonntag, den 13. Februar, früh 9 1/2 Uhr, große Beamten- und Angestellten-Versammlung im „Reichspräsident“, Glogauer Promenade. Referent: Genosse Grunow, Breslau. Genossen, agitiert fleißig für zahlreichen Besuch.
- Hiltwasser.** Jeden Donnerstag Diskussionsabend.
- Sammlung für Notarmisten.** Von Genossin Jhl. Brotmarken für 3 1/2 Pfund Brot. — Von Ortsgruppe Weigelsdorf erhalten 56,10 Mark.
- Verleger: „Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H.“  
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 1391  
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neuber, für Inserate: Viehschwager & Meyer.  
Druck: Buchdruckerei Pöhl & Dautzel, jänisch in Breslau.

# Leser unserer Zeitung kauft nur bei Firmen, die in unserem Blatte inserieren.

**Stadttheater.**  
Mittwoch nachm. 7 1/2 Uhr:  
Schiller-Vorstellung:  
Der Haffenschied.  
Abend 7 Uhr:  
Gannhäuser.  
Donnerstag 7 Uhr:  
Orpheus in der Unterwelt.

**Jobe-Theater.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Wallenstein Tod.

**Chalis-Theater.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Madame Bonnard.

**Schauspielhaus.**  
Opernabende. II. R. 9-15  
täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Frau Major.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der fidele Bauer.

**Lieblich-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Illenebs Löwen  
und das glänzende  
Führer-Programm.

**Über-Bayern**  
Gartenstr. 68  
Täglich  
die schönsten  
Oberlandler  
Kost., Musik, Tanz.

**M. Markus**  
Ausserst billig  
Socken, Damen-Strümpfe,  
Kinder-Strümpfe Grösse 3,  
Sternzwirn, Gummiband etc.  
Kupferschmiedestr. 31,  
Ecke Stockgasse.

**Wiederverkäufer!**  
Strümpfe, 1 Dtz. sort.  
140 M., Sock., Strick-  
garne, 1 kg sortiert  
140 M., Besenstängel,  
Taschentücher, Seife,  
Zähne, 100 Stk.  
43 M., Schuhschmelz  
100 Paar von 60 M. an.  
Kartenzweige etc. sehr  
billig. Probensendung  
100—200 M. p. Nachn.  
od. Voranschusslich auf  
Postcheckkonto 45497  
L. Leimer, Poststr. 7.  
Fernruf: 984 22.

**+ Frauen +**  
Wenn alles verjagt, dann  
schauen Sie bei  
**Periodenlösung**  
u. Unregelmäßigkeiten  
meine langjährig  
bewährte Präparate  
Paris Nr. 17, u. 25.  
Biel. freim. Versandt.  
Ferner empfehle:  
**Gummivarren**  
für Damen und Herren,  
Spülseife, Seifenpulver,  
Seife u. Kosmetikwaren  
Katalog ges. Einlieferung  
von Nr. 1.—

**Dr. A. Gehauer**  
Breslau 6, S. 8, F.  
Deffenschtr. 1, H.  
Gr. Fochstr. 21a, Gr. 26

**Achtung! Wo?**  
Wann man sein und geht.  
Nicht mehr ganz  
richtig? Ein  
und vorüber?  
**Bei H. Klinge,**  
Hauptstr. 12, neu! etc.

**Konfirmanden-  
Anzüge** verkauft  
Schubert, Hauptstr. 2, I.  
3-7, Sonntags 9-12

**Kranke**  
Brennöl, Essig- und Ge-  
weissalze, etc. etc. etc.  
mit Recht. Viele freiwillige  
Anschreibungen von ange-  
hellen Patienten.  
Krankheits-Franz-Joseph,  
Palmer, 22. II. 1. 1. 1. 1. 1.  
9-1, 3-7, Sonntags 9-12

**Gehäck-Artikel**  
gericht, gut, schnell,  
leicht haben,  
Breslau, Gr. 9 M.

**Blutmetalle**  
Jahsch, Hauptstr. 26.

**Abgespielte Grammophon-**  
Platten sowie auch kausen wieder in  
besseren Zustand, ebenso gebrauchte Lehen  
und Spielzeug.  
**Carl Sackur, Ring 54.**

**Der gute HENNIG-CREME**  
in bester Qualität erhältlich in den  
einschlägigen Geschäften und bei  
**H. Hennig, Hinterbleiche 5/6.**  
Händlerpreisliste gratis | Uhren  
P. Köhler, Nikolaistr. 16/17 | Uhren  
F. Köhler, Nikolaistr. 16/17